

# **Dr. Schäfer GmbH**

## **Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft**

---

Dr. Schäfer GmbH – WPG/StBG -, Hugo-Eckener-Str. 7, 63303 Dreieich

Hugo-Eckener-Str. 7  
63303 Dreieich

Mandanten- und Interessenten-  
Rundschreiben  
für Monat November 2006

Telefon: 06103/20566-0  
Telefax: 06103/20566-39

eMail: [info@dsg-wp-stb.de](mailto:info@dsg-wp-stb.de)  
Internet: [www.dsg-wp-stb.de](http://www.dsg-wp-stb.de)

---

Dreieich, den 29.10.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Mandantinnen und Mandanten,

nachfolgend möchten wir Sie über die in den vergangenen Monaten eingetretenen und für die Zukunft geplanten Änderungen im Steuerrecht vertraut machen. Weitergehende Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter [www.dsg-wp-stb.de](http://www.dsg-wp-stb.de).

Lesen Sie Informationen zu folgenden Themen:

Termine November 2006

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Keine Aufrechnungsmöglichkeit des Finanzamts für nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens  
abgeführte Lohnsteuer

Verfassungsmäßigkeit der Ausschlussfrist für Antragsveranlagung

Keine Berechtigung der Finanzämter zur Abweichung von den Bodenrichtwerten

Tod während eines Hausbrands: Bewertung des Hauses und der darin befindlichen Sachen

Abziehbarkeit von zugewendeten Aufwendungen bei abgekürztem Vertragsweg

Abzugsfähigkeit von Abbruchkosten bei anschließender Errichtung eines selbst genutzten  
Wohnhauses

Anrechnung von BAföG-Zuschüssen auf Ausbildungsfreibetrag

Anschaffungskosten und Abschreibung bei gewonnenem Fertighaus

Aufwendungen für den Besuch von allgemein bildenden Schulen regelmäßig keine  
Werbungskosten

Freibetrag für "künstlerische Tätigkeit" eines nebenberuflich an einer Oper beschäftigten  
Statisten

Freistellungsaufträge müssen überprüft werden

Integrierte Versorgung kann zur gewerblichen Infizierung einer freiberuflichen Tätigkeit führen

Keine erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht für Mitarbeiter des Goethe-Instituts

Keine Teilwertabschreibung für zu Unrecht als Herstellungskosten erfasste Vorsteuer

Keine Verzinsung von Kindergeldnachzahlungen

Kindergeld: Berechnung der Einkünfte und Bezüge

Nachträgliche Berücksichtigung einer Pensionsrückstellung

Reichweite eines Vorläufigkeitsvermerks  
Snowboardkurs als Werbungskosten eines Lehrers  
Totalüberschuss und Besteuerung einer Rentenversicherung gegen Einmalbetrag auf Lebenszeit  
Voraussetzung einer Bilanzberichtigung bei Übergang von degressiver Abschreibung zur Sonderabschreibung  
Wahl der Gewinnermittlungsart im Jahr der Praxiseröffnung  
Vermietung von Betriebsvorrichtungen führt zum Verlust der erweiterten Kürzung für Grundstücksunternehmen  
Besondere Überwachungspflicht des Geschäftsführers in der Krise der Gesellschaft  
Kapitalerhöhung: Prüfung der Werthaltigkeit eines Grundstücks bei Sacheinlage  
Grunderwerbsteuer bei Teilamortisations-Leasingvertrag  
Ablehnung des Antrags auf Investitionszulage wegen ungenauer Bezeichnung der Wirtschaftsgüter  
Veräußerung einer mangelbehafteten Mietsache  
Arbeitgeberseitige Zuschüsse während des Bezugs von Entgeltersatzleistungen  
Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen  
Gesetzliche Vereinfachungsregelung für die Ermittlung von Sozialversicherungsbeiträgen  
Voller allgemeiner Beitragssatz auf Versorgungsbezüge verfassungsgemäß  
Durchführung von Sprachstudienaufenthalten als Reiseleistungen  
Grenzbetrag bei Kleinbetragsrechnung wird zum 1.1.2007 auf 150 Euro erhöht  
Umsatzsteuer: Leistungen eines Konsularservices  
Umsatzsteuerbemessungsgrundlage der privaten Nutzung eines insgesamt dem Unternehmen zugeordneten Gebäudes  
Umsatzsteuerliche Behandlung des "sale-and-lease-back"-Verfahrens  
Umsatzsteuerpflicht auch für Vermietung eines Parkplatzes an einen Mieter, der diesen Parkplatz Dritten überlässt  
Umsatzsteuerpflicht der Tanzkurse eines gemeinnützigen Vereins  
Vorsteuerabzug für Computerbauteile auch bei fehlender Angabe der Gerätenummer?  
Erlaubnis zur Errichtung einer Satellitenempfangsanlage  
Zustimmung des Miteigentümers zur Errichtung einer Mobilfunkantenne  
Aufteilung von Steuernachforderungen zwischen Ehegatten nach deren Trennung  
Ehevertrag: Betriebsvermögen kann beim Zugewinnausgleich ausgeklammert werden  
Zollschuld und Einfuhrumsatzsteuer für ein im unzulässigen Binnenverkehr verwendetes Straßenfahrzeug

Mit freundlichen Grüßen

*Schäfer*

(Dr. Schäfer)

Wirtschaftsprüfer

Steuerberater

## Termine November 2006

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung <sup>1</sup>	Scheck
<b>Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag<sup>2</sup></b>	10.11.2006	13.11.2006	10.11.2006
<b>Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag</b>	Seit dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer nach dem 31.12.2004 erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
<b>Umsatzsteuer<sup>3</sup></b>	10.11.2006	13.11.2006	10.11.2006
<b>Gewerbesteuer</b>	15.11.2006	20.11.2006	15.11.2006
<b>Grundsteuer</b>	15.11.2006	20.11.2006	15.11.2006

<sup>1</sup> Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

<sup>2</sup> Für den abgelaufenen Monat.

<sup>3</sup> Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat, bei Vierteljahreszahlern mit Fristverlängerung für das abgelaufene Kalendervierteljahr.

## Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Der Gläubiger kann nach dem Eintritt der Fälligkeit seines Anspruchs den Schuldner durch eine Mahnung in Verzug setzen. Der Mahnung gleichgestellt sind die Klageerhebung sowie der Mahnbescheid.

Einer Mahnung bedarf es nicht, wenn

- für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist,
- die Leistung an ein vorausgehendes Ereignis anknüpft,
- der Schuldner die Leistung verweigert,
- besondere Gründe den sofortigen Eintritt des Verzugs rechtfertigen.

Bei Entgeltforderungen tritt Verzug spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung ein; dies gilt gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist, allerdings nur, wenn hierauf in der Rechnung besonders hingewiesen wurde.

Im Streitfall muss allerdings der Gläubiger den Zugang der Rechnung (nötigenfalls auch den darauf enthaltenen Verbraucherhinweis) bzw. den Zugang der Mahnung beweisen.

Während des Verzugs ist eine Geldschuld zu verzinsen. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte bzw. für Rechtsgeschäfte, an denen Verbraucher nicht beteiligt sind, acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Der Basiszinssatz verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist. Bezugsgröße ist der Zinssatz für die jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der Europäischen Zentralbank vor dem ersten Kalendertag des betreffenden Halbjahres.

Aktuelle Basis- bzw. Verzugszinssätze ab 1.7.2004:

Zeitraum	Basiszinssatz	Verzugszinssatz	Verzugszinssatz für Rechtsgeschäfte ohne Verbraucherbeteiligung
1.7. bis 31.12.2004	1,13 %	6,13 %	9,13 %
1.1. bis 30.6.2005	1,21 %	6,21 %	9,21 %
1.7. bis 31.12.2005	1,17 %	6,17 %	9,17 %
1.1. bis 30.6.2006	1,37 %	6,37 %	9,37 %
1.7. bis 31.12.2006	1,95 %	6,95 %	9,95 %

### **Keine Aufrechnungsmöglichkeit des Finanzamts für nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens abgeführte Lohnsteuer**

Beruhet ein Anspruch auf Einkommensteuererstattung auf Lohnsteuerzahlungen, die nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens abgeführt wurden, ist eine Aufrechnung des Finanzamts mit Gegenforderungen unzulässig. Zu einer solchen Situation kann es dadurch kommen, dass einem Steuerzahler bereits zum Zeitpunkt der Zahlung von ihm zu leistender Steuervorauszahlungen ein Erstattungsanspruch zusteht. Voraussetzung dafür ist, dass es am Ende des Besteuerungszeitraums zu einer Erstattung dadurch kommt, dass die festgesetzte Steuer geringer ist als die darauf geleisteten Vorauszahlungen.

Nach einem Beschluss des Bundesfinanzhofs kommt es für die Frage, ob es sich um eine Insolvenzforderung handelt oder ob ein steuerrechtlicher Anspruch zur Insolvenzmasse gehört, auf die insolvenzrechtlichen Voraussetzungen zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung an. Ein Insolvenzverfahren erfasst das gesamte Vermögen, das dem Schuldner zum Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens gehört und das er während des Verfahrens erlangt. Gläubiger können in dieser Zeit ihre Forderungen nur nach insolvenzrechtlichen Vorschriften verfolgen.

Wird ein Insolvenzverfahren im Laufe eines Jahres eröffnet, entsteht ein Erstattungsanspruch sowohl vor als auch während des Insolvenzverfahrens. Damit unterliegt der gesamte Erstattungsanspruch der Insolvenzbefehlagnahme. Sie endet erst mit der Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach der Schlussverteilung.

Soweit eine zur Insolvenzmasse gehörende Forderung erst nach dem Schlusstermin ermittelt wird, ist sie nicht aus der Insolvenzbefehlagnahme entlassen. Sie wird Gegenstand einer Nachtragsverteilung gemäß Beschluss des Insolvenzgerichts. Ergeht der Beschluss erst nach förmlicher Aufhebung des Insolvenzverfahrens, tritt eine erneute Insolvenzbefehlagnahme bezüglich dieser Forderung ein.

### **Verfassungsmäßigkeit der Ausschlussfrist für Antragsveranlagung**

Für Bezieher von Arbeitslohn wird eine Veranlagung zur Einkommensteuer nur unter bestimmten Voraussetzungen durchgeführt. Zur Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen (z. B. einbehaltene Zinsabschlagsteuer) oder zur Geltendmachung von Verlusten muss deshalb eine Einkommensteuererklärung bis zum Ablauf des zweiten auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahrs abgegeben werden (Antragsveranlagung). Es handelt sich um eine Ausschlussfrist. Unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. Unkenntnis der Antragsfrist) kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden.

Die Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung des Jahres 2004 läuft in diesen Fällen am 31.12.2006 ab.

Der Bundesfinanzhof hat nunmehr das Bundesverfassungsgericht angerufen, um prüfen zu lassen, ob die Ausschlussfrist verfassungsgemäß ist. Unabhängig vom Ausgang dieses Verfahrens sollte die Antragsfrist gewahrt werden.

**Hinweis:** Wenn das Finanzamt eine Veranlagung von Amts wegen durchgeführt hat oder bereits ein bestandskräftiger Bescheid für ein Kalenderjahr vorliegt, muss bzw. kann keine erneute Veranlagung (Antragsveranlagung) herbeigeführt werden.

### **Keine Berechtigung der Finanzämter zur Abweichung von den Bodenrichtwerten**

Werden im Fall einer Schenkung oder Erbschaft Grundstücke übertragen, ist für die Feststellung des Grundstückswerts eine sog. Bedarfsbewertung durchzuführen. Für unbebaute Grundstücke ist auf die Bodenrichtwerte aus den bei den Gutachterausschüssen der Gemeinden geführten Richtwertkarteien zurückzugreifen.

Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs haben die Finanzämter die von den Gutachterausschüssen vorgegebenen Werte und deren Differenzierungen zu beachten. Sie haben nicht das Recht, eigene Bodenrichtwerte aus den von den Gutachterausschüssen mitgeteilten Bodenrichtwerten abzuleiten.

### **Tod während eines Hausbrands: Bewertung des Hauses und der darin befindlichen Sachen**

Stirbt der Erblasser während des Brands seines Hauses, sind das Haus und die darin befindlichen Sachen mit dem zu diesem Zeitpunkt maßgeblichen Wert zu erfassen. Zusätzlich sind die bis dahin dem Grunde und der Höhe nach entstandenen Versicherungsansprüche zu berücksichtigen. Den nach Eintritt des Erbfalls entstandenen Schäden an

dem Gebäude und den übrigen versicherten Sachen kommt keine Bedeutung zu. Es spielt auch keine Rolle, dass diese Sachen wegen des Brandes unmittelbar von der (weiteren) Beschädigung oder Zerstörung bedroht sind.

Erst nach dem Eintritt des Erbfalls fällig werdende Versicherungsansprüche dürfen nicht zusammen mit dem übrigen Nachlass versteuert werden. Dies betrifft beispielsweise Ansprüche auf Versicherungsleistungen, die zwar mit dem Versicherungsfall entstanden sind, aber erst fällig werden, wenn die zur Feststellung des Versicherungsfalles und des Umfangs der Leistung des Versicherers nötigen Erhebungen beendet sind.

Durch diese Differenzierung ergeben sich unterschiedliche Steuerentstehungszeitpunkte. Jeder dieser Zeitpunkte führt zu einem selbstständigen Erwerbsvorgang, für den grundsätzlich jeweils gesondert Erbschaftsteuer festzusetzen ist.

Lässt sich zum Zeitpunkt des Erbfalls die Höhe der der Besteuerung unterliegenden Versicherungsansprüche trotz Ausschöpfung aller zumutbaren Ermittlungsmöglichkeiten nicht mit letzter Sicherheit feststellen, geht die verbleibende Ungewissheit zu Lasten des Finanzamts. Es handelt sich in diesem Fall um steuerbegründende Tatsachen.

Vorstehende Grundsätze ergeben sich aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs.

### **Abziehbarkeit von zugewendeten Aufwendungen bei abgekürztem Vertragsweg**

Ein Vater hatte Handwerker mit Erhaltungsarbeiten an einem Grundstück des Sohnes beauftragt und die auf ihn ausgestellten Rechnungen bezahlt, die später auf den Sohn abgeändert wurden.

Der Bundesfinanzhof ließ den Abzug der Aufwendungen als Werbungskosten des Sohnes zu. Die Mittelherkunft sei bei Werkverträgen über Erhaltungsarbeiten nicht bedeutsam. Der Steuerpflichtige kann die Aufwendungen auch dann abziehen, wenn ihm ein Dritter den Betrag zuwendet (abgekürzter Zahlungsweg). Der Abzug ist auch dann vorzunehmen, wenn ein Dritter im eigenen Namen einen Vertrag für den Steuerpflichtigen abschließt und die Aufwendungen selbst zahlt (abgekürzter Vertragsweg).

Das Bundesministerium der Finanzen hat jetzt verfügt, dass dieses Urteil über den Einzelfall hinaus nicht anzuwenden ist.

**Hinweis:** Falls sich Mandanten auf dieses Urteil verlassen haben und ähnlich vorgegangen sind, sollten vorsichtshalber die von Dritten gezahlten Beträge an diese erstattet werden. Andernfalls muss mit einem Gerichtsverfahren gerechnet werden, wenn das Finanzamt den Sachverhalt beanstandet.

### **Abzugsfähigkeit von Abbruchkosten bei anschließender Errichtung eines selbst genutzten Wohnhauses**

Wird ein objektiv oder wirtschaftlich noch nicht verbrauchtes Gebäude in der Absicht erworben, es abzureißen, so kann der Zweck des Abbruchs in der Herstellung eines neuen Gebäudes (Fall 1) oder lediglich in der Beseitigung des alten Gebäudes liegen (Fall 2).

Im Fall 1 sind die Abbruchkosten und der Restbuchwert des alten Gebäudes Herstellungskosten des neuen Gebäudes. Im Fall 2 liegen nachträgliche Anschaffungskosten des Grund und Bodens vor.

Wird ein Gebäude hingegen in der Absicht erworben, es zu Vermietungszwecken zu nutzen, und entschließt sich der Erwerber erst nach dem Erwerb, das Gebäude abzureißen, so sind im Jahr des Abbruchs der Restbuchwert und die Abbruchkosten Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Wird mit dem Abbruch des Gebäudes allerdings innerhalb von drei Jahren nach dem Erwerb begonnen, so spricht der Beweis des ersten Anscheins dafür, dass das Gebäude in Abbruchabsicht erworben wurde.

Das Niedersächsische Finanzgericht hatte darüber zu entscheiden, wie die Abbruchkosten und der Restbuchwert zu behandeln sind, wenn ein über acht Jahre zu Vermietungszwecken genutztes Haus abgerissen und danach ein selbst genutztes Wohnhaus errichtet wird. Das Finanzgericht entschied, dass Restbuchwert und Abbruchkosten Werbungskosten sind, wenn das Gebäude im Zeitpunkt der Abbruchentscheidung nach den Gesamtumständen wirtschaftlich verbraucht, also nicht mehr vermietbar ist. Die private Nutzung des Folgeobjekts - des neuen Wohnhauses - ist nach Ansicht des Gerichts von untergeordneter Bedeutung, da der Abbruch in diesem speziellen Fall in einem Veranlassungszusammenhang mit den bisher erzielten Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung steht.

Es bleibt abzuwarten, ob der Bundesfinanzhof diese Auffassung bestätigt.

### **Anrechnung von BAföG-Zuschüssen auf Ausbildungsfreibetrag**

Zuschüsse als Ausbildungshilfe für ein in Ausbildung befindliches Kind werden in voller Höhe auf den Ausbildungsfreibetrag angerechnet. Werden im Laufe eines Jahres unterschiedlich hohe Zuschüsse gezahlt, muss der Ausbildungsfreibetrag für die Anrechnung aufgeteilt werden.

Der dem Bundesfinanzhof vorgelegte Fall betraf Eheleute, die für ihre in Ausbildung befindliche Tochter einen Ausbildungsfreibetrag bei auswärtiger Unterbringung beantragt hatten. Zunächst studierte die Tochter sieben Monate auswärtig untergebracht im Inland und anschließend weitere fünf Monate in den USA. Die für den Auslandsaufenthalt gewährten Zuschüsse waren wesentlich höher als die für das Inlandsstudium. Sie überstiegen insgesamt den Ausbildungsfreibetrag, so dass das Finanzamt diesen nicht berücksichtigte. Das Gericht stellte dagegen fest, dass der Ausbildungsfreibetrag zeitanteilig aufzuteilen ist, wenn Zuschüsse in unterschiedlicher Höhe gezahlt werden. Die

jeweiligen Zuschüsse mindern insoweit nur die zeitanteiligen Ausbildungsfreibeträge, für die die Zuschüsse bestimmt sind.

### ***Anschaffungskosten und Abschreibung bei gewonnenem Fertighaus***

Der Gewinner einer Werbeaktion erhielt ein Fertighaus. Er erwarb ein Erbbaurecht und ließ das Fertighaus auf diesem Grundstück errichten. Nach der Fertigstellung vermietete er das Fertighaus und setzte in der Einnahmenüberschussrechnung Abschreibungen an. Das Finanzamt lehnte Abschreibungen mangels eigener Herstellungskosten ab.

Der Bundesfinanzhof urteilte in gleicher Weise. Die Abschreibung im Steuerrecht dient nicht dem Ausgleich eines eingetretenen Wertverzehr ohne eigenen Aufwand. Die Fortführung der Buchwerte eines Rechtsvorgängers war ebenfalls nicht möglich, da der Gewinner das Fertighaus erst errichtet hatte. Die Voraussetzung für die Berücksichtigung von Aufwendungen im abgekürzten Zahlungs- oder Vertragsweg waren nicht gegeben, da die den Gewinn auslobenden Firmen im eigenen betrieblichen Interesse und nicht im Interesse des Gewinners gehandelt hatten.

### ***Aufwendungen für den Besuch von allgemein bildenden Schulen regelmäßig keine Werbungskosten***

Aufwendungen für die Ausbildung konnten bis einschließlich 2003, sofern sie beruflich veranlasst waren, Werbungskosten oder Betriebsausgaben sein. Für diese Beurteilung war maßgebend, ob ein objektiv feststellbarer Zusammenhang mit zukünftigen steuerbaren Einnahmen bestand. Bei Kosten für den Besuch von allgemein bildenden Schulen fehlt dieser Zusammenhang. Dies wird deutlich am Fall eines Elektroniklers, mit dem sich der Bundesfinanzhof zu befassen hatte.

Der Elektroniker arbeitete nach Abschluss der Ausbildung in seinem Ausbildungsbetrieb als Facharbeiter. Er beendete diese Tätigkeit im Laufe des Jahres und besuchte anschließend eine Fachoberschule für Technik, die mit der Fachabiturprüfung abschloss. Danach folgte ein Studium an einer Hochschule. Die Kosten für den Schulbesuch machte der Techniker als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit geltend. Das Gericht wies in seiner ablehnenden Entscheidung darauf hin, dass die Berufsbezogenheit bei einer allgemein bildenden Schule typischerweise fehlt. Die Aufwendungen für die Schulausbildung waren im geschilderten Fall im Rahmen der Höchstbeträge als Sonderausgaben abzugsfähig.

Ab 2004 sind Ausbildungskosten (für eine erstmalige Berufsausbildung oder ein Erststudium) grundsätzlich nur noch als Sonderausgaben zu berücksichtigen.

### ***Freibetrag für "künstlerische Tätigkeit" eines nebenberuflich an einer Oper beschäftigten Statisten***

Einnahmen aus einer nebenberuflichen künstlerischen Tätigkeit sind bis zur Höhe von 1.848 € im Jahr steuerfrei. Ein Künstler übt eine künstlerische Tätigkeit nur aus, wenn er eine eigene schöpferische Leistung vollbringt, in der seine individuelle Anschauungsweise und Gestaltungskraft zum Ausdruck kommt.

Nach einem Urteil des Sächsischen Finanzgerichts erhält ein nebenberuflich an einer Oper beschäftigter Statist diesen Freibetrag, wenn er nicht nur als Teil der Bühnenausstattung (als „menschliche Requisite“) eingesetzt ist, sondern seine individuelle Anschauungsweise und Darstellungskraft auf der Bühne zum Ausdruck bringt.

Der Bundesfinanzhof muss nun abschließend entscheiden.

### ***Freistellungsaufträge müssen überprüft werden***

Der Sparerfreibetrag beträgt seit dem 1.1.2004 nur noch 1.370 € für Alleinstehende und 2.740 € für zusammenveranlagte Ehegatten. Unter Einbeziehung des Werbungskostenpauschbetrags beträgt das Freistellungsvolumen dann 1.421 € bzw. 2.842 € bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2006.

Zum 1.1.2007 wird der Sparerfreibetrag auf 750 € für Alleinstehende und 1.500 € für zusammenveranlagte Ehegatten herabgesetzt. Unter Einbeziehung des Werbungskostenpauschbetrags beträgt das Freistellungsvolumen dann 801 € bzw. 1602 €.

Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute sind seit dem 1.1.2004 verpflichtet, ihren Kunden zusammenfassende Jahresbescheinigungen nach amtlich vorgeschriebenem Muster auszustellen. Diese Bescheinigungen müssen Kapitalerträge, die nach dem 31. Dezember 2003 zufließen und private Veräußerungsgeschäfte, die nach dem 31. Dezember 2003 über diese Institute abgewickelt werden, enthalten.

Die Finanzämter können über das Bundesamt für Finanzen bei den Kreditinstituten zukünftig einzelne Kontoinformationen abrufen, wenn dies für die Steuerfestsetzung erforderlich ist.

Die Kreditinstitute haben seit dem 1.4.2003 über ihre Kunden eine Datei zu führen. Die Daten werden noch drei Jahre nach der Auflösung des Kontos aufbewahrt. Aus dieser Datei kann das Finanzamt Informationen abrufen.

Außerdem sind die Finanzämter befugt, die so erlangten Erkenntnisse auch anderen Behörden zugänglich zu machen, z. B. wenn für die Festsetzung von Sozialleistungen die Einkünfte einer Person maßgeblich sind.

Sind Freistellungsaufträge nur bei einer Bank gestellt worden, so wird die Bank das neue Freistellungsvolumen zu Grunde legen. Problematisch wird es, wenn mehreren Kreditinstituten Freistellungsaufträge erteilt, Konten aufgelöst

und/oder Guthaben bei anderen Kreditinstituten angelegt oder erhöht worden sind. In diesen Fällen sollten die Freistellungsaufträge kurzfristig angepasst werden. Dabei muss auch beachtet werden, dass die Aufträge **insgesamt** die entsprechenden Grenzen nicht überschreiten, um unnötigen Ärger mit dem Finanzamt zu vermeiden.

### ***Integrierte Versorgung kann zur gewerblichen Infizierung einer freiberuflichen Tätigkeit führen***

Zwischen dem Arzt und der Krankenkasse werden in den Fällen der integrierten Versorgung nach §§ 140a ff. SGB V Verträge abgeschlossen, nach denen der Arzt sowohl für die medizinische Betreuung als auch für die Abgabe von Arznei- und Hilfsmitteln eine Fallpauschale erhält. Aus der medizinischen Betreuung erzielt der Arzt Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, während die Abgabe von Arznei- und Hilfsmitteln eine gewerbliche Tätigkeit darstellt.

Problematisch kann dies für Gemeinschaftspraxen werden. Wenn die Umsätze aus der gewerblichen Tätigkeit die vom Bundesfinanzhof aufgestellte Geringfügigkeitsgrenze von 1,25 % am Gesamtumsatz der Gemeinschaftspraxis übersteigen, dann erzielt diese (also sämtliche beteiligte Ärzte) Einkünfte aus Gewerbebetrieb mit der Folge, dass der gesamte Gewinn der Gewerbesteuer unterliegt.

Das Bundesministerium der Finanzen hat dies verfügt, so dass mit einer verstärkten Überprüfung der Einkünfte von Gemeinschaftspraxen zu rechnen ist.

### ***Keine erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht für Mitarbeiter des Goethe-Instituts***

Ein in Peking tätiger Mitarbeiter des Goethe-Instituts war mit einer Nicht-EU-Bürgerin verheiratet. Nachdem er seine Einkommensteuererklärung eingereicht hatte, veranlagte ihn das Finanzamt als fiktiv unbeschränkt Steuerpflichtigen. Unterhaltsaufwendungen für seine Ehefrau machte er als außergewöhnliche Belastung geltend. Das Finanzamt berücksichtigte diese Aufwendungen nur anteilig. Gegen den Bescheid legte der Mitarbeiter Einspruch ein und beantragte nun eine Zusammenveranlagung.

Der Bundesfinanzhof stellte dazu fest, dass das Goethe-Institut keine inländische Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Daraus ergibt sich, dass im Ausland tätige Mitarbeiter des Instituts auch nicht wie unbeschränkt Steuerpflichtige behandelt werden können. Somit kommt nur eine Antragsveranlagung im Rahmen der fiktiven unbeschränkten Steuerpflicht in Frage. Das wiederum schließt eine Zusammenveranlagung aus. Der Abzug von Unterhaltsaufwendungen ist bei dieser Veranlagungsform möglich, wobei die Ländergruppeneinteilung zu berücksichtigen ist.

### ***Keine Teilwertabschreibung für zu Unrecht als Herstellungskosten erfasste Vorsteuer***

Ein Ehepaar errichtete einen Anbau an ein Einfamilienhaus. Die Vorsteuer aus den Baukosten wurde bei der Umsatzsteuer abgezogen, jedoch in die Herstellungskosten des Anbaus eingerechnet. Nachdem der Fehler später erkannt wurde, setzten die Eheleute bei der Einnahmenüberschussrechnung eine Sonderabschreibung in Höhe der Vorsteuer aus den Baukosten an. Finanzamt und Finanzgericht lehnten die Sonderabschreibung ab.

Der Bundesfinanzhof folgte dieser Beurteilung. Eine Teilwertabschreibung kommt nicht in Betracht, da keine dauernde Wertminderung des Anbaus vorlag und es sich nur um eine fehlerhafte Ermittlung der Herstellungskosten handelte. Auch eine Fehlerberichtigung im Rahmen einer Bilanzberichtigung schied aus, da keine Einkunftsermittlung durch Bestandsvergleich (Bilanzierung) vorlag.

Bei einer Einnahmenüberschussrechnung kann ein unterlassener Sofortabzug von Werbungskosten oder Betriebsausgaben nicht in späteren Jahren nachgeholt werden.

### ***Keine Verzinsung von Kindergeldnachzahlungen***

Eine Mutter bezog für ihre Tochter Kindergeld. Diese besuchte zunächst das Gymnasium und war danach als Au-pair-Mädchen in den USA. Dort belegte sie an öffentlichen Schulen einen Kurs mit 22 Wochenstunden, um ihre Englischkenntnisse zu vervollständigen.

Weil das Au-pair-Verhältnis nicht als Berufsausbildung anzuerkennen war, hob die Familienkasse die Kindergeldzahlung auf. Später beantragte die Mutter eine Überprüfung dieser Entscheidung. Wegen gleich gelagerter Fragestellungen waren zu dieser Zeit noch mehrere Gerichtsverfahren anhängig. Deshalb schlug die Familienkasse vor, die Entscheidung über den Antrag zurückzustellen, bis über die gerichtsanhängigen Verfahren ein Urteil vorliegt.

Die Verfahren wurden jeweils zu Gunsten der Antragsteller entschieden. Die Mutter erhielt das von ihr beanspruchte Kindergeld nachgezahlt. Allerdings lehnte die Kindergeldkasse eine Verzinsung des Anspruchs ab.

Der Bundesfinanzhof bestätigte die ablehnende Haltung der Kindergeldkasse. Kindergeldansprüche sind danach Steuervergütungs- und keine Steueransprüche. Nur letztere sind im Rahmen der gesetzlichen Regelung zu verzinsen. Dies wäre bei einem Streit über die Gewährung eines Kinderfreibetrags der Fall gewesen.

Zu einer Verzinsung des Nachzahlungsbetrags wäre es auch gekommen, wenn es um eine Nachzahlung von Kindergeld nach den Vorschriften des Bundeskindergeldgesetzes gegangen wäre. Hätte die Mutter gegen die Einstellung der Kinderzahlung geklagt, hätte sie Anspruch auf Prozesszinsen gehabt.

### **Kindergeld: Berechnung der Einkünfte und Bezüge**

Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, werden nicht berücksichtigt, soweit sie eigene Einkünfte und Bezüge, die zur Bestreitung ihres Unterhalts oder ihrer Berufsausbildung bestimmt oder geeignet sind, von derzeit mehr als 7.680 € (Jahresgrenzbetrag) haben. Ist der Jahresgrenzbetrag überschritten, erhalten die Eltern kein Kindergeld. Es wird kein Kinderfreibetrag gewährt. Auch sonstige kindbedingte Vergünstigungen entfallen. Es ist immer noch nicht abschließend geklärt, wie der Jahresgrenzbetrag zu ermitteln ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang des vergangenen Jahres entschieden, dass bei der Ermittlung des Jahresgrenzbetrags die vom Kind geleisteten gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge in Abzug gebracht werden können. Dieser Beschluss lässt jedoch offen, ob auch andere zweckgebundene Beiträge (wie z. B. private Krankenversicherungsbeiträge, außergewöhnliche Belastungen) bei der Berechnung zu berücksichtigen sind.

Das Finanzgericht des Landes Brandenburg hat nun entschieden, dass bei der Ermittlung der für das Kindergeld maßgeblichen Einkünfte und Bezüge die vom Kind tatsächlich gezahlte Einkommensteuer ebenfalls abzuziehen ist. Der Bundesfinanzhof hat jetzt Gelegenheit, alle offenen Fragen zur Berechnung des Jahresgrenzbetrags zu klären.

### **Nachträgliche Berücksichtigung einer Pensionsrückstellung**

Die Gesellschafterversammlung einer GmbH erhöhte im Jahr 1995 eine bereits 1987 beschlossene Pensionszusage für ihren Gesellschafter-Geschäftsführer. In den Bilanzen der Gesellschaft auf den 31.12.1995 und den 31.12.1996 wurde die Anpassung der Rückstellung für die Pensionszusage versäumt. In der Bilanz auf den 31.12.1997 wurde die Erhöhung der Rückstellung erfasst. Das Finanzgericht wertete die unterlassene Bilanzierung der Erhöhung in den Vorjahren als verdeckte Gewinnausschüttung.

Der Bundesfinanzhof stimmte dieser Wertung zu:

- In der Unterlassung des erhöhten Ausweises der Pensionsrückstellung in den Bilanzen der Jahre 1995 und 1996 war ein Verstoß gegen das Klarheitsgebot bei Vereinbarungen mit Gesellschafter-Geschäftsführern zu sehen. Dem Geschäftsführer musste die offenkundig unrichtige Bilanzierung auffallen. Er dürfte die von einem Steuerberater aufgestellte Bilanz nicht ohne weitere Nachfrage unterzeichnen, ohne die Bilanz nach offensichtlich fehlerhaften und erläuterungsbedürftigen Positionen durchzusehen. Übersieht der Geschäftsführer nicht offenkundige Bilanzfehler, wie z. B. Buchungsfehler oder eine unrichtige Ermittlung der Rückstellungsberechnung durch einen Sachverständigen, ist darin kein Verstoß gegen das Klarheitsgebot zu sehen.
- Eine Berücksichtigung der Rückstellungserhöhung konnte in der Bilanz auf den 31.12.1997 nicht vorgenommen werden, da die Steuerbescheide für die Jahre 1995 und 1996 noch nicht endgültig und damit abänderbar waren. Allerdings würde die Erhöhung der Rückstellung in den Bilanzen der beiden Vorjahre steuerlich nicht zu erhöhtem Aufwand führen. Der Verminderung des Bilanzgewinns steht eine außerbilanzielle Erhöhung des steuerpflichtigen Ergebnisses durch die verdeckte Gewinnausschüttung gegenüber.
- Die Tatsache, dass auch in den Handelsbilanzen die Erhöhung der Pensionsrückstellung versäumt wurde, war für die Steuerbilanz unbeachtlich. Das Maßgeblichkeitsprinzip bezieht sich nicht auf die einzelne Handelsbilanz, sondern lediglich auf die handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung. Diese gebieten einen vollständigen Ausweis aller Verpflichtungen der Gesellschaft in der Handelsbilanz.
- Das steuerliche Nachholverbot für Pensionsrückstellungen hielt das Gericht in diesem Fall für nicht anwendbar.

### **Reichweite eines Vorläufigkeitsvermerks**

Unpräzise Gesetze haben in den letzten Jahren verstärkt zu (Massen-) Rechtsbehelfen geführt. Die Finanzverwaltung versieht deshalb häufig Steuerbescheide mit einem Vorläufigkeitsvermerk, wenn zur fraglichen Angelegenheit eine Entscheidung von einem höheren Gericht (Bundesfinanzhof, Europäischer Gerichtshof, Bundesverfassungsgericht) ansteht. Dies hat den Vorteil, dass wegen dieser Angelegenheiten kein Einspruch eingelegt werden muss.

Ein Vorläufigkeitsvermerk kann allerdings auch eine Falle beinhalten, wenn nicht genau erkennbar ist, was der Vorläufigkeitsvermerk tatsächlich beinhaltet.

In eine solche Falle tappte ein Ehepaar, bei dem der Ehemann als Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH keine Sozialversicherungsbeiträge zahlte und auch keinen Anspruch auf Altersversorgung hatte. Das Finanzamt kürzte den Vorwegabzug bei den Vorsorgeaufwendungen unter Einbeziehung auch der Bezüge des Ehemanns. Das Ehepaar war der Ansicht, dass der Bescheid auf Grund des Vorläufigkeitsvermerks nicht bestandskräftig war und beantragte zwei Monate nach Eingang des Einkommensteuerbescheids eine Änderung.

Der Bundesfinanzhof hat den Antrag zurückgewiesen, weil sich der Vorläufigkeitsvermerk nicht auf den Sachverhalt des Ehepaars bezog. Da das Ehepaar keinen Einspruch eingelegt hatte, war der Bescheid bestandskräftig geworden. Das Gericht wies noch darauf hin, „dass es den Steuerpflichtigen zugemutet werden kann, bei bestehenden Zweifeln das Gesetz einzusehen, fachkundigen Rat einzuholen oder ggf. zur Klärung der Reichweite des Vorläufigkeitsvermerks Einspruch einzulegen“.

**Hinweis:** Es bietet sich an, Steuerbescheide sofort nach Eingang dem Steuerberater zur Prüfung zuzusenden.



**Snowboardkurs als Werbungskosten eines Lehrers**

Die Aufwendungen eines Lehrers für einen Snowboardkurs können Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit sein. Voraussetzung ist ein konkreter Zusammenhang mit der Berufstätigkeit des Lehrers. Dabei kommt es auf eine Gesamtwürdigung aller Umstände an, wie eine Entscheidung des Bundesfinanzhofs zeigt.

Die geltend gemachten Aufwendungen des Lehrers waren anlässlich eines Fortbildungskurses entstanden, den der Deutsche Skilehrerverband ausgerichtet hatte. An dieser Veranstaltung nahmen ausschließlich Sportlehrkräfte des Niedersächsischen Schuldienstes teil. Die erworbenen Fähigkeiten sollten den Lehrer in die Lage versetzen, schulische Wintersportangebote für die Schüler zu organisieren und zu leiten. Die Förderung des Berufs durch diesen Kurs stand nach Ansicht des Gerichts derartig im Vordergrund, dass ein Nutzen für die private Lebensführung hier keine Rolle spielte. Das in solchen Fällen geltende Aufteilungs- und Abzugsverbot kam somit in dem geschilderten Fall nicht zum Tragen.

**Totalüberschuss und Besteuerung einer Rentenversicherung gegen Einmalbetrag auf Lebenszeit**

Der Zeichner eines Rentenmodells machte in seiner Einkommensteuererklärung einen Werbungskostenüberschuss von ca. 140 TDM geltend. Der größte Teil dieser Aufwendungen bestand aus vorausgezählten Zinsen für die gesamte Laufzeit eines Darlehens, mit dem der Einmalbeitrag für eine sofort beginnende lebenslängliche Rente finanziert wurde. Das Finanzamt lehnte die Berücksichtigung dieser negativen Einkünfte unter Hinweis auf das Fehlen eines Totalüberschusses ab.

Der Bundesfinanzhof hatte sich in seiner Entscheidung hierzu mit der Frage auseinander zu setzen, wie der Totalüberschuss zu berechnen ist. Zunächst stellte das Gericht fest, dass die Bezüge aus dieser Rente, die sich aus einem Garantie- und einem nicht garantierten Überschussanteil zusammensetzten, einheitlich zu behandeln sind. Der auf den Gesamtbetrag der Rente anzuwendende Ertragsanteil, gerechnet auf die durchschnittliche Lebenserwartung des Rentenempfängers nach der allgemeinen Sterbetafel, stellt die Einnahmeseite dieser Einkunftsquelle dar. Dem gegenüber sind die als Einmalbetrag gezahlten Zinsen, die Laufzeitzinsen für ein weiteres Darlehen, das zur Finanzierung dieser Zinszahlung zusätzlich aufgenommen wurde und die übrigen Kosten anzusetzen. Eine Gegenüberstellung dieser beiden Werte ergab eine Unterdeckung, so dass die Verluste mangels eines zu erwartenden Totalüberschusses nicht zu berücksichtigen waren.

**Voraussetzung einer Bilanzberichtigung bei Übergang von degressiver Abschreibung zur Sonderabschreibung**

Eine GmbH hatte im Jahr 1998 eine Glasvorspannanlage erworben und dafür die degressive Abschreibung gewählt. Im Jahr 2000 nahm sie zusätzlich die Sonderabschreibung nach dem Fördergebietsgesetz vor. Nach einer Betriebsprüfung änderte sie den Bilanzansatz und ging für 2000 von der degressiven zur linearen Abschreibung über. Finanzamt und Finanzgericht ließen nur eine degressive Abschreibung ohne Sonderabschreibung zu.

Der Bundesfinanzhof stellte dazu fest, dass die Anwendung der Sonderabschreibung nicht durch die früher vorgenommene degressive Abschreibung ausgeschlossen wird. Das Einkommensteuergesetz untersagt lediglich die gleichzeitige Inanspruchnahme von degressiver Abschreibung und Sonderabschreibung nach dem Fördergebietsgesetz im selben Veranlagungsjahr.

Die Bilanz der GmbH für das Jahr 2000 war zu berichtigen. Dies geschah durch den Übergang zur linearen Abschreibung. Es blieb dem Unternehmen überlassen, die Auswahl über den Korrekturweg zu treffen. Das Finanzamt durfte die GmbH nicht an die degressive Abschreibung binden.

**Wahl der Gewinnermittlungsart im Jahr der Praxiseröffnung**

Ein selbstständig tätiger Arzt reichte für das Jahr seiner Praxiseröffnung eine Einnahmenüberschussrechnung ein. Der Überschussrechnung fügte er eine Kontenaufstellung bei, in der auch einige Bestandskonten aufgeführt waren. Eine Eröffnungsbilanz und eine Schlussbilanz auf das Ende des Eröffnungsjahrs gab er nicht ab.

Der Arzt ging davon aus, dass er für das Jahr der Praxiseröffnung eine Bilanz abgegeben hatte. Deshalb beantragte er für das Folgejahr einen Übergang von der Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich zur Einnahmenüberschussrechnung. Das Finanzamt lehnte mit der Begründung ab, er habe im Jahr der Praxiseröffnung die Einnahmenüberschussmethode gewählt.

Der Bundesfinanzhof bestätigte die Auffassung des Finanzamts. Ein nicht zur Buchführung verpflichteter Freiberufler übt sein Wahlrecht zum Bestandsvergleich (Bilanzierung) nur dann aus, wenn er eine vollständige Eröffnungsbilanz aufstellt und auf Grund von Bestandsaufnahmen einen Jahresabschluss erstellt. Die vom Arzt geführte EDV-Buchführung sei neutral, da beide Gewinnermittlungsarten technisch möglich sind. Da er bereits im Jahr der Praxiseröffnung die Einnahmenüberschussmethode gewählt hatte, war kein Raum für einen Wechsel der Gewinnermittlungsart. Die Wahl der Gewinnermittlungsart kann nachträglich nicht mehr geändert werden.

**Vermietung von Betriebsvorrichtungen führt zum Verlust der erweiterten Kürzung für Grundstücksunternehmen**

Die erweiterte Kürzung des Gewerbeertrags für Grundstücksunternehmen hängt davon ab, dass ausschließlich eigener Grundbesitz verwaltet wird. Jede weitere gewerbliche Tätigkeit, die nicht zu den privilegierten und damit

zugelassenen Nebentätigkeiten gehört, führt zum Verlust der den Grundstücksunternehmen eingeräumten gewerbesteuerlichen Vorteile.

Der Bundesfinanzhof betont in einer Entscheidung, dass die Voraussetzung der „ausschließlichen“ Verwaltung eigenen Grundbesitzes jede weitere gewerbliche Betätigung ausschließt. Eine auch noch so geringe andere Nebentätigkeit führt zur Versagung der gewerbesteuerlichen Privilegien. Mit dieser engen Auslegung wurde eine neben der Verpachtung des Grundbesitzes vorgenommene Mitvermietung von Betriebsvorrichtungen in geringem Umfang als steuerschädliche Nebentätigkeit angesehen. Das hatte zur Folge, dass dem Verpachtungsunternehmen die gewerbesteuerliche Vergünstigung für Grundstücksunternehmen insgesamt versagt wurde.

### ***Besondere Überwachungspflicht des Geschäftsführers in der Krise der Gesellschaft***

Eine in die finanzielle Krise geratene GmbH & Co. KG hatte über mehrere Monate keine Lohnsteuer entrichtet. Das Finanzamt nahm daraufhin den Gesellschafter-Geschäftsführer in Anspruch. Dieser wehrte sich mit dem Argument, dass auf Drängen der Bank ein Beirat errichtet worden und der Vorsitzende, ein Steuerberater, für die Erfüllung der steuerlichen Pflichten der Gesellschaft verantwortlich war.

Der Bundesfinanzhof erteilte dem Gesellschafter-Geschäftsführer eine Absage. Mit der Bestellung zum Geschäftsführer der Gesellschaft war er für die Erfüllung der steuerlichen Pflichten zuständig, unabhängig von der Aufgabenverteilung zwischen ihm und dem Beirat. Da er als Geschäftsführer aus der steuerlichen Pflichterfüllung verdrängt worden war, musste er seine Überwachungspflicht verstärkt erfüllen. Wenn er nicht in der Lage war, seinen Geschäftsführerplichten durch die erfolgte Aufgabenverteilung nachzukommen, hätte er das Amt des Geschäftsführers sofort niederlegen müssen.

Die Wahrnehmung der steuerlichen Aufgaben durch eine fachkundige Person entlässt den Geschäftsführer nicht aus seiner Überwachungsfunktion. Auf Grund der Tatsache, dass über mehrere Monate keine Lohnsteuer entrichtet wurde, war von einem Überwachungsverschulden des Geschäftsführers auszugehen.

### ***Kapitalerhöhung: Prüfung der Werthaltigkeit eines Grundstücks bei Sacheinlage***

Wird zur Durchführung einer Kapitalerhöhung als Sacheinlage ein Grundstück in die GmbH eingebracht, so ist bei der vom Registerrichter vorzunehmenden Überprüfung der Werthaltigkeit nicht nur auf den Verkehrswert des Grundstücks abzustellen. Eine bereits auf dem Grundstück lastende und bestehen bleibende Grundschuld, die der Absicherung bereits bestehender Darlehensverbindlichkeiten der Gesellschaft dient, ist wertmindernd zu berücksichtigen.

Mit dieser Begründung bestätigte das Oberlandesgericht Frankfurt/Main die Entscheidungen von Vorinstanzen, die die Eintragung einer angemeldeten Kapitalerhöhung abgelehnt hatten.

### ***Grunderwerbsteuer bei Teilamortisations-Leasingvertrag***

Wird in einem Leasingvertrag dem Leasingnehmer (lediglich) das Recht eingeräumt, das geleaste Grundstück nach Ablauf einer unkündbaren Grundmietzeit zu erwerben, erhält er nach Auffassung des Bundesfinanzhofs mit dem Abschluss des Leasingvertrags noch keine Verwertungsbefugnis. Der Abschluss des Leasingvertrags löst deshalb keine Grunderwerbsteuer aus. Demgegenüber fällt bereits mit Abschluss des Leasingvertrags Grunderwerbsteuer an, wenn der Leasingnehmer jederzeit die Übereignung des Grundstücks zu einem feststehenden Kaufpreis herbeiführen kann.

### ***Ablehnung des Antrags auf Investitionszulage wegen ungenauer Bezeichnung der Wirtschaftsgüter***

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs führt eine ungenaue Bezeichnung der Wirtschaftsgüter, für die eine Investitionszulage beantragt wird, zur Ablehnung eines entsprechenden Antrags.

Ein Bäcker hatte in seinem Investitionszulagantrag für das Wirtschaftsgut „Ladeneinrichtung“ einen Antrag auf Investitionszulage gestellt. Das Finanzamt empfand diese Bezeichnung als zu ungenau und lehnte den Antrag ab. Der Bundesfinanzhof bestätigte diese Auffassung.

Nur die Bezeichnung „Ladeneinrichtung“ lässt nicht erkennen, aus welchen einzelnen Wirtschaftsgütern die Ladeneinrichtung besteht. Sie ermöglicht weder eine Feststellung, ob die einzelnen Gegenstände zulagenbegünstigt sind, noch eine Nachprüfung, ob die angeschafften Wirtschaftsgüter mit den Wirtschaftsgütern übereinstimmen, für die die Investitionszulage beantragt wird. Eine Ladeneinrichtung kann nämlich auch nicht zulagenbegünstigte Gegenstände umfassen, wie geringwertige Wirtschaftsgüter, unselbstständige Teile des Gebäudes oder auch Ladeneinbauten, die als unbewegliche Wirtschaftsgüter zu beurteilen sind.

Unerheblich ist in diesem Zusammenhang auch, ob eine Ladeneinrichtung eine Sachgesamtheit im Sinne des Zivilrechts ist. Dies ist für die Frage, ob eine Ladeneinrichtung ein einheitliches Wirtschaftsgut ist, ohne Bedeutung. Eine Sachgesamtheit erscheint wirtschaftlich als Einheit, besteht jedoch unverändert aus einer Mehrheit rechtlich weiterhin selbstständige Sachen.

Im Antragsvordruck selbst kann auf eine genaue Bezeichnung der einzelnen Wirtschaftsgüter verzichtet werden. Es ist dann aber erforderlich, dass sich die zur Beurteilung notwendigen Einzelheiten eindeutig und leicht nachprüfbar aus den innerhalb der Antragsfrist dem Antrag beizufügenden Unterlagen ergeben. Es reicht nicht aus, dass eine

hinreichende Individualisierung der Wirtschaftsgüter im Rahmen einer Außenprüfung nach Ablauf der Antragsfrist nachgeholt werden kann.

### **Veräußerung einer mangelbehafteten Mietsache**

Wird mit Mängeln behafteter Wohnraum veräußert, verliert der Mieter seine Rechte gegenüber dem bisherigen Eigentümer.

Nach Ansicht des Bundesgerichtshofs verliert der Mieter sein Recht, wegen eines Mängelbeseitigungsanspruchs Miete einzubehalten, sofern die Mängel vor der Veräußerung entstanden sind. Ab dem Zeitpunkt des Eigentumsübergangs ist nur noch der Erwerber zur Mängelbeseitigung verpflichtet. Der Mieter kann deshalb nur noch die Miete ab dem Zeitpunkt des Eigentumserwerbs durch den neuen Eigentümer bis zur Mängelbeseitigung einbehalten.

### **Arbeitgeberseitige Zuschüsse während des Bezugs von Entgeltersatzleistungen**

Wenn Arbeitgeber ihren Beschäftigten während des Bezugs von Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Verletzengeld, Übergangsgeld, Mutterschaftsgeld, Krankentagegeld oder für eine Elternzeit Leistungen gewähren, so stellen diese nur dann kein beitragspflichtiges Arbeitsentgelt dar, wenn sie zusammen mit den genannten Sozialleistungen das Netto-Arbeitsentgelt nicht übersteigen. Um dies festzustellen, muss zunächst der Sozialversicherungsfreibetrag berechnet werden. Hierbei handelt es sich um den Unterschiedsbetrag aus dem Vergleichs-Netto-Arbeitsentgelt und der Netto-Sozialleistung. Nur wenn der arbeitgeberseitige Zuschuss diesen Freibetrag nicht übersteigt, ist er beitragsfrei.

### **Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen**

Am 1.1.2006 ist das so genannte Beitragsentlastungsgesetz in Kraft getreten. Danach sind die Fälligkeitsregelungen der Sozialversicherungsbeiträge einheitlich auf den drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats vorgezogen worden.

Daraus ergeben sich für 2006 folgende Termine:

November	Dezember
28.11.	27.12.

Zur Vermeidung von Säumniszuschlägen bietet sich die Zahlung im Lastschriftverfahren an.

Die Krankenkassen möchten die Beitragsnachweise monatlich bereits eine Woche vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin elektronisch übermittelt haben. Wird die Lohnbuchführung nicht im eigenen Unternehmen, sondern durch extern Beauftragte erledigt, muss deshalb beachtet werden, dass die Lohn- und Gehaltsdaten etwa 10 Tage vor dem Fälligkeitstermin an den Beauftragten übermittelt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Fälligkeitstermin auf einen Montag oder auf einen Tag nach Feiertagen (insbesondere Weihnachten) fällt.

### **Gesetzliche Vereinfachungsregelung für die Ermittlung von Sozialversicherungsbeiträgen**

Durch das „Bürokratieabbaugesetz“ ist die Ermittlung der fälligen Sozialversicherungsbeiträge teilweise vereinfacht worden.

Während die Beiträge seit Jahresbeginn 2006 in voraussichtlicher Höhe der Beitragsschuld spätestens am drittletzten Bankarbeitstag des Monats fällig sind, können Arbeitgeber, deren Beitragsabrechnung regelmäßig durch Mitarbeiterwechsel oder die Zahlung von variablen Entgeltbestandteilen geprägt ist, die voraussichtliche Beitragsschuld ab dem 26.8.2006 nach den Beiträgen des Vormonats bemessen.

Die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung haben sich diesbezüglich bereits über bestimmte Auslegungsfragen verständigt. Danach umfasst der Begriff Mitarbeiterwechsel auch den Wechsel geringfügig Beschäftigter. Unter variablen Entgeltbestandteilen werden u. a. Mehrarbeitsvergütungen und Zuschläge verstanden, deren Höhe erst nach Abschluss der Entgeltabrechnung ermittelt werden kann. Regelmäßigkeit im Sinne der neuen Vorschrift liegt vor, wenn in jeder der letzten drei Entgeltabrechnungen ein Mitarbeiterwechsel oder variable Entgeltbestandteile zu berücksichtigen waren, wobei der aktuelle Abrechnungszeitraum mitgezählt wird.

### **Voller allgemeiner Beitragssatz auf Versorgungsbezüge verfassungsgemäß**

Es verstößt nicht gegen die Verfassung und ist deshalb zulässig, dass Versorgungsbezüge bei der Bemessung der Beiträge zur freiwilligen Krankenversicherung dem vollen allgemeinen Beitragssatz unterworfen werden. Dies hat kürzlich das Bundessozialgericht entschieden.

Danach verstößt die entsprechende Vorschrift nicht gegen das Grundgesetz, auch wenn sie die Beitragslast der Betroffenen verdoppelt. Hierin liegt weder ein Verstoß gegen den Gleichheitssatz noch eine unzulässige Rückwirkung. Die Zugehörigkeit zu Solidargemeinschaften ist auf Dauer nicht nur mit dem Erwerb von Chancen, sondern auch mit Risiken verbunden.

### **Durchführung von Sprachstudienaufenthalten als Reiseleistungen**

Auf Reiseleistungen findet die Margenbesteuerung Anwendung. Umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage ist die Differenz zwischen den vom Reiseunternehmer bezogenen Vorleistungen und dem erzielten Erlös für die Reise. Dem Unternehmer steht allgemein ein Vorsteuerabzug zu, soweit die übrigen Voraussetzungen vorliegen.

Nach einer Umsatzsteuersonderprüfung bei einem Veranstalter von Sprach- und Studienreisen vertrat das Finanzamt die Auffassung, dass es sich nicht um Reiseleistungen, sondern vielmehr um die umsatzsteuerbefreiten Leistungen für Aus- und Fortbildung handelte. Das Finanzamt versagte deshalb den auf diese Umsätze entfallenden Vorsteuerabzug.

Der Bundesfinanzhof entschied im Anschluss an den Europäischen Gerichtshof, dass die vom Veranstalter erzielten Umsätze für die Sprach- und Studienreisen unter den Begriff „Reiseleistungen“ fallen und somit der Margenbesteuerung unterliegen.

### **Grenzbetrag bei Kleinbetragsrechnung wird zum 1.1.2007 auf 150 Euro erhöht**

Rechnungen über Kleinbeträge müssen folgende Angaben enthalten, um dem Empfänger der Leistung den Vorsteuerabzug zu ermöglichen:

- Den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmers,
- das Ausstellungsdatum,
- die Menge und die Art der gelieferten Gegenstände oder den Umfang und die Art der sonstigen Leistung,
- das Entgelt und den darauf entfallenden Steuerbetrag für die Lieferung oder sonstige Leistung in einer Summe sowie den anzuwendenden Steuersatz. Im Fall einer Steuerbefreiung muss die Rechnung einen Hinweis darauf enthalten, dass für die Lieferung oder sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.

Bis zum 31.12.2006 beträgt der Grenzbetrag 100 €, am 1.1.2007 wird er auf 150 € erhöht.

### **Umsatzsteuer: Leistungen eines Konsularservices**

Für Reisen in bestimmte Länder wird ein Visum nur erteilt, wenn der Reisende dem Reiseland mit Sicherheit finanziell nicht zur Last fällt. Ein Visum wird deshalb nur ausgestellt, wenn der Reisende eine Art „Schutzbrief“ eines im Reiseland ansässigen Unternehmens vorweist, wonach dieses sämtliche in Betracht kommenden Betreuungsleistungen im Reiseland übernimmt, wenn ein Reisender vor Ort Probleme bekommt, z. B. auf Grund einer Erkrankung.

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass die Beschaffung des Visums und die Beschaffung des „Schutzbriefs“ zwei selbstständige Leistungen sind. Entgelte, die ein Reisebüro für die Beschaffung des „Schutzbriefs“ erhält, unterliegen im Inland nicht der Umsatzsteuer. Demgegenüber sind Entgelte, die das Reisebüro für die Beschaffung des Visums erhält, umsatzsteuerpflichtig.

### **Umsatzsteuerbemessungsgrundlage der privaten Nutzung eines insgesamt dem Unternehmen zugeordneten Gebäudes**

Der Bundesfinanzhof hatte im Jahr 2003 im Anschluss an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass ein Unternehmer ein Gebäude, das er teilweise unternehmerisch nutzt (Nutzung mindestens 10 %) und teilweise selbst bewohnt, voll dem Unternehmensvermögen zuordnen darf. Er kann deshalb die auf das gesamte Gebäude entfallende Vorsteuer abziehen.

Die private Nutzung unterliegt mit den vorsteuerbelasteten Kosten als „Eigenverbrauch“ der Umsatzsteuer. Kostenfaktor sind im Wesentlichen die jährlichen Absetzungen für Abnutzung.

Durch eine Gesetzesänderung ist seit dem 1.7.2004 der Aufwand, zu dem auch die Herstellungs- oder Anschaffungskosten gehören, auf 10 Jahre zu verteilen. Es war fraglich, ob die in das Gesetz aufgenommene Auffassung der Finanzverwaltung mit den EG-Richtlinien übereinstimmte.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass die deutsche Regelung zur Umsatzsteuer-Bemessungsgrundlage der privaten Nutzung unternehmerischer Gebäudeteile EG-rechtskonform ist.

### **Umsatzsteuerliche Behandlung des "sale-and-lease-back"-Verfahrens**

Veräußert ein Unternehmer einen Gegenstand an einen Dritten, von dem er ihn zurückmietet (sog. "sale-and-lease-back"), kommt der Übertragung des zivilrechtlichen Eigentums an dem Leasinggut durch den Leasingnehmer auf den Leasinggeber häufig eine bloße Sicherungs- und Finanzierungsfunktion zu.

Eine bloße Sicherungs- und Finanzierungsfunktion liegt regelmäßig vor, wenn Leasinggeber und Leasingnehmer sich einig sind, dass das Eigentum an dem Leasinggegenstand nach Ablauf der Mietzeit an den Leasingnehmer zurückfällt. In diesem Fall stellt weder die Übertragung noch die Rückübertragung des Eigentums eine Lieferung dar. Beide Vorgänge lösen deshalb nach Auffassung des Bundesfinanzhofs keine Umsatzsteuer aus. Eine Lieferung, die Umsatzsteuer auslöst, liegt jedoch vor, wenn der Leasinggeber über Substanz, Wert und Ertrag des Leasingguts verfügen kann.

Die Frage nach der umsatzsteuerlichen Behandlung des "sale-and-lease-back"-Verfahrens kann deshalb nur im Einzelfall auf der Grundlage der konkreten vertraglichen Vereinbarungen beantwortet werden.

***Umsatzsteuerpflicht auch für Vermietung eines Parkplatzes an einen Mieter, der diesen Parkplatz Dritten überlässt***

Die Vermietung von Grundstücken ist grundsätzlich umsatzsteuerfrei. Umsatzsteuerpflichtig ist aber das Vermieten von Plätzen zum vorübergehenden Abstellen eines Fahrzeugs (öffentlicher Parkplatz, Parkhaus). Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Mieter selbst oder auf Grund Mietvertrags ein Dritter den Platz zum Abstellen eines Fahrzeugs nutzt. So hat der Bundesfinanzhof entschieden.

**Hinweis:** Die Vermietung eines Abstellplatzes oder einer Garage ist nur dann als Nebenleistung umsatzsteuerfrei, wenn der Mieter vom Vermieter gleichzeitig z. B. Wohnraum angemietet hat und der Abstellplatz oder die Garage sich in unmittelbarer Nähe des Grundstücks befindet.

***Umsatzsteuerpflicht der Tanzkurse eines gemeinnützigen Vereins***

Entgelte, die ein gemeinnütziger Verein für die Durchführung von Tanzkursen erhält, sind nicht von der Umsatzsteuer befreit. Dies hat der Bundesfinanzhof entschieden. Es handelt sich weder um Aus- oder Fortbildung noch um kulturelle oder sportliche Veranstaltungen. Eine Befreiung wegen des Erteilens von Sportunterricht kommt nur in Betracht, wenn die Teilnehmer das Tanzen als Tanzsportler in erster Linie als Wettkampf zwischen Paaren bzw. Formationen im Rahmen des Vereins- bzw. Leistungssports betreiben.

Der Bundesfinanzhof hat aber darauf hingewiesen, dass die Entgelte unter Umständen dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen. Dies hängt davon ab, ob der Tanzunterricht im Rahmen eines Zweckbetriebs erbracht wird. Ein Zweckbetrieb liegt vor, wenn der Vereinszweck nur durch den Tanzunterricht erreicht werden kann. Auch darf der Verein mit dem Tanzunterricht nicht in größerem Umfang zu nicht begünstigten Unternehmern in Wettbewerb treten. Beides ist anhand aller Umstände des Einzelfalls zu entscheiden.

***Vorsteuerabzug für Computerbauteile auch bei fehlender Angabe der Gerätenummer?***

Die Ausübung des Vorsteuerabzugs setzt voraus, dass der Unternehmer eine ordnungsgemäße Rechnung besitzt. Diese Rechnung muss besondere Anforderungen erfüllen. So muss u. a. die Menge und die Art (handelsübliche Bezeichnung) der gelieferten Gegenstände erkennbar sein. Handelsüblich ist jede im Geschäftsverkehr für einen Gegenstand allgemein verwendete Bezeichnung. Handelsüblich sind auch Markenartikelbezeichnungen. Noch nicht abschließend geklärt ist, ob z. B. bei Computern oder Mobiltelefonen die Geräteidentifikations- oder Seriennummer angegeben sein muss.

Das Hessische Finanzgericht hält es für zweifelhaft, ob der Vorsteuerabzug allein mit der Begründung versagt werden kann, wenn in einer Rechnung über Computerbauteile und Software die vom Hersteller jedem Gerät zugeordnete Gerätenummer nicht angegeben ist.

Diese Entscheidung ist in einem Aussetzungsverfahren ergangen. Die endgültige Entscheidung des Finanzgerichts steht noch aus. Der Bundesfinanzhof hat zwischenzeitlich die gegen den Beschluss des Finanzgerichts eingelegte Beschwerde des Finanzamts als unbegründet zurückgewiesen. Der Bundesfinanzhof weist allerdings darauf hin, dass die zur Entscheidung anstehende Frage noch nicht höchstrichterlich geklärt ist. Die abschließende Lösung des Problems wird somit erst in der Hauptsacheentscheidung erfolgen.

**Hinweis:** Um dem Erfordernis der Angabe des Gegenstands der Lieferung zu genügen, ist es möglich, sich auf einen Lieferschein zu beziehen. Allerdings ist der Lieferschein in der Rechnung zu bezeichnen. Der Lieferschein wird damit Bestandteil der Rechnung.

***Erlaubnis zur Errichtung einer Satellitenempfangsanlage***

Die Errichtung einer Parabolantenne stellt eine bauliche Veränderung dar. Diese bedarf grundsätzlich der Zustimmung aller Wohnungseigentümer.

Dem Oberlandesgericht Celle lag der Fall eines Miteigentümers türkischer Herkunft vor, der auf seiner Loggia eine Parabolantenne errichtet hatte, um Nachrichtensender seines Heimatlandes zu empfangen. Die Eigentümergemeinschaft hatte zuvor die Entfernung der Antenne beschlossen. Nach Ansicht des Gerichts findet die allgemeine Informationsfreiheit ihre Schranken in dem Eigentumsrecht der anderen Wohnungseigentümer. Es sei einem Eigentümer regelmäßig auch bei höheren Kosten zumutbar, eine Kabelanlage statt einer Satellitenempfangsanlage zu nutzen, wenn auf diese Weise Zugang zu mehreren Programmen in der Sprache des Heimatlandes bestehe. Im entschiedenen Fall lagen die laufenden Kosten für den Kabelzugang bei monatlich 8 € und einmalig bei 20 € für den Kauf eines Decoders. Diese Aufwendungen sah das Gericht als zumutbar an.

***Zustimmung des Miteigentümers zur Errichtung einer Mobilfunkantenne***

Der Miteigentümer eines Gebäudes muss dem Abschluss eines Mietvertrags, der die Errichtung einer Mobilfunkantenne auf dem Dach des Hauses gestattet, nicht zustimmen.

In der vom Oberlandesgericht Karlsruhe getroffenen Entscheidung hatte ein Miteigentümer der Errichtung einer Mobilfunkantenne widersprochen, da er eine Wertminderung des Gebäudes befürchtete. Das Gericht teilte diese Einschätzung, da große Kreise der Bevölkerung Gesundheitsgefahren von einer solchen Anlage befürchten. Deshalb sei die Möglichkeit einer Wertminderung auch nicht von der Hand zu weisen.

***Aufteilung von Steuernachforderungen zwischen Ehegatten nach deren Trennung***

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall nahm ein Ehemann seine geschiedene Frau auf Erstattung von ihm beglichener Steuernachforderungen in Anspruch. Die Steuernachforderungen wurden für drei in der Ehezeit liegende Jahre festgesetzt, in denen die im gesetzlichen Güterstand lebenden Eheleute gemeinsam veranlagt wurden. Grund für die Steuernachforderungen war eine Betriebsprüfung im Unternehmen des Ehemanns, auf Grund der die Bewertung zweifelhafter Forderungen und Forderungsabschreibungen in den betroffenen Jahren zu seinen Lasten korrigiert wurde, wodurch sich seine in die gemeinsame Veranlagung eingebrachten Verluste entsprechend reduzierten.

Nach Auffassung des Gerichts hat die Aufteilung einer nach der Trennung fällig gewordenen Steuerschuld und der sich hieraus ergebenden Erstattungs- bzw. Nachzahlungsansprüche zusammen veranlagter Ehegatten im Innenverhältnis grundsätzlich auf der Grundlage fiktiver getrennter Veranlagung der Ehegatten zu erfolgen.

***Ehevertrag: Betriebsvermögen kann beim Zugewinnausgleich ausgeklammert werden***

Eine ehevertragliche Regelung, nach der das Betriebsvermögen beim Zugewinnausgleich unberücksichtigt bleibt, ist grundsätzlich rechtswirksam. Dies gilt auch dann, wenn die Ehefrau zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses schwanger war.

Dies hat das Oberlandesgericht Hamm entschieden und den Antrag einer Ehefrau gegen ihren Ehemann im Rahmen des Scheidungsverfahrens auf Auskunftserteilung über Gegenstände des Betriebsvermögens zurückgewiesen.

***Zollschuld und Einfuhrumsatzsteuer für ein im unzulässigen Binnenverkehr verwendetes Straßenfahrzeug***

Wird ein außerhalb des Zollgebiets der Gemeinschaft zugelassenes und im Zollverfahren der vorübergehenden Verwendung bei vollständiger Befreiung von Einfuhrabgaben in das Zollgebiet verbrachtes Straßenfahrzeug für einen unzulässigen Binnenverkehr innerhalb des Zollgebiets der Gemeinschaft verwendet, entsteht neben der Zollschuld auch Einfuhrumsatzsteuer. Voraussetzung für die Entstehung der Einfuhrumsatzsteuer ist nicht, dass der Binnentransport nur im Inland erfolgte.

In dem vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fall war einem bulgarischen Lastzug nur die vorübergehende Verwendung bewilligt. Damit hätten mit ihm nur Beförderungen, die außerhalb des Zollgebiets der Gemeinschaft begannen oder endeten, ausgeführt werden dürfen. Der Lastzug war in Deutschland aber mit einer Werkzeugmaschine beladen worden, um diese nach Griechenland zu transportieren.

Damit ist eine Zollschuld entstanden, da eine der Pflichten aus der Inanspruchnahme des Zollverfahrens der vorübergehenden Verwendung, in welches der Lastzug übergeführt worden war, nicht erfüllt worden ist.

Einfuhrumsatzsteuer ist entstanden, weil der Lastzug aus dem Drittlandsgebiet in den Geltungsbereich des deutschen Umsatzsteuerrechts verbracht wurde.

Unerheblich ist, ob der Gegenstand unmittelbar nach Deutschland verbracht wird oder über einen anderen Mitgliedstaat das Zollgebiet der Gemeinschaft erreicht.